

TERMINE DES TAGES

(Montag, 9.9.2013)

Presse- und
Analystenkonferenzen
■ Swiss Re: Pressekonferenz
zur Reinsurance Conference
„Les Rendez-vous de
Septembre 2013“

IN DIESER AUSGABE

AlixPartners	4
Allianz Global Investors	8
Assogestioni	4
BAI	8
Bank of Ireland	3
BBVA	3
Berenberg	3
Biermann Partners	3
Boydén	3
BSI	8
BVI	8
Citigroup	4
Commerzbank	1, 3, 16
Deka Investment	8
Deutsche Bank	1, 3
Goldman Sachs	4
HSB Nordbank	9
Icap	4
ING	3
Mainfirst	16
Metzler	3
Monte Paschi di Siena	3
Morgan Stanley	3
RBI	3
RBS	3
Santander	3
Targobank	1
Unicredit	3

EIOPA hofft auf das Jahr 2016

Börsen-Zeitung, 7.9.2013
Reuters Frankfurt – Der Präsident der europäischen Versicherungsaufsicht EIOPA hält ein Inkrafttreten der neuen Risikokapitalregeln für die Branche in der EU 2016 für greifbar. Das sei „schwierig, aber möglich“, sagte Gabriel Bernardino am Freitag in Frankfurt. Die Verhandlungen über Einzelheiten des als „Solvency II“ bekannten Regelwerks waren im vergangenen Jahr ins Stocken geraten. Doch in der kommenden Woche wollen sich das EU-Parlament, die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten wieder zusammensetzen. „Ich höre ermutigende Signale, dass die Dinge in die richtige Richtung gehen“, sagte Bernardino. Solvency II wird das Versicherungsaufsichtsrecht in Europa grundlegend reformieren. Streit gibt es unter anderem über den Umgang mit den langfristigen Verpflichtungen deutscher Lebensversicherer. Sie befürchten, dass sie infolge von „Solvency II“ mehr Risikokapital brauchen werden. Zuletzt hatten sich die Stimmen gemehrt, die erst 2017 als Starttermin für „Solvency II“ für wahrscheinlicher halten.

Die Lage ist besser als die Stimmung

Personalberater orten Chancen im Arbeitsmarkt für Banker – Corporate und Private Banker sind gesucht – „Die Wüste lebt“

Die Lage am Arbeitsmarkt für Banker ist offenbar besser als die Stimmung in Banken, die wie die Commerzbank oder die Deutsche Bank derzeit Personal abbauen. Personalberater sehen unter anderem im Private Wealth Management und im Corporate Banking Bedarf an Mitarbeitern. Eher schlechte Karten haben Retail Banker und Mitarbeiter in kundenfernen Bereichen.

Von Bernd Neubacher, Frankfurt

Börsen-Zeitung, 7.9.2013
Trotz fünf Jahren Krise seit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers und ungeachtet breit angelegten Stellenabbaus in vielen Instituten sehen Personalberater Chancen im Arbeitsmarkt für Banker. „Die Wüste lebt. Auch der Bankensektor lebt und wird auch weiterhin aktiv bleiben“, fasst Rolf Stokburger, Managing Partner bei Boydén, seine Eindrücke zusammen: „Es wird weiterhin rekrutiert, sicher aber von Bank zu Bank und Bankensektor zu Bankensektor unterschiedlich.“ Wachstumspotenzial sieht Stokburger etwa im Private Wealth Management, wo es um Personen gehe, welche die Seniorität hätten, „um gerade auch in schwierigen Anlagenzeiten Kunden unter dem Aspekt Substanzerhalt nachhaltig und seriös zu beraten“, ebenso im Corporate Banking. „Wachstum gibt es da, wo die Erträge derzeit herkommen, und das ist das Firmenkundengeschäft und das Private Banking“, meint er.

Neueinstellungen seien derzeit insbesondere in den Bereichen Asset Management und Corporate Banking zu beobachten, erklärt unterdes-

sen Klaus Robert Biermann von Biermann Partners, einer Headhunter-Gesellschaft mit Sitz in Zürich und Frankfurt: „Diesem Bereich widmen sich viele Institute wieder in der Überzeugung, dass es nicht immer eine Eigenkapitalrendite von 25% sein muss.“

Neu gemischte Karten

Die Finanzkrise und ihre Folgen in Form zahlreicher neuer Vorgaben der Regulierer haben die Karten in der Branche neu gemischt: Die Eigenkapitalverzinsung der Banken ist gesunken, und der Druck, Geschäftsmodelle neu auszurichten und Kosten zu senken, hat zugenommen. Banken schrumpfen und veräußern Aktiva. Das niedrige Zinsniveau und die Digitalisierung des Massengeschäfts sorgen zudem im Retail Banking für

Zahl der Beschäftigten im deutschen Finanzgewerbe*

Jahr	Anzahl (in Mill.)
2000	1,150
2001	1,156
2002	1,155
2003	1,128
2004	1,111
2005	1,098
2006	1,088
2007	1,070
2008	1,051
2009	1,056
2010	1,057
2011	1,050
2012	1,050

* Finanz- und Versicherungssektor
Quelle: Statistisches Bundesamt Börsen-Zeitung

einen Umbruch. „Ich sehe das Retail Banking personell eher im Abstieg, denn viele Banken werden sich, auch im Hinblick auf Mobile Banking, ein dichtes Filialnetz nicht mehr leisten können“, meint Stokburger. Biermann zufolge aber gibt es auch im Retail-Geschäft noch Häuser, die einstellen, etwa die Targobank und auch Sparkassen. Als „nicht einfach“ schätzt Biermann das Abwicklungsgeschäft ein, weil dort „viele verlagert und konzentriert oder durch moderne IT-Systeme aufgefangen wird“. Personen, die schon seit zwei, drei Jahren draußen seien aus dem Markt, hätten es generell sehr schwer, wieder hineinzukommen.

Mit Schrumpfung der Bilanzen geht zumindest bei den großen Banken ein umfangreicher Stellenabbau einher. So spart die Commerzbank derzeit allein im Retail Banking 1.800 Arbeitsplätze ein. Die Deutsche Bank beschäftigte Ende Juni, in Vollzeitstellen umgerechnet, noch 97.158 Leute. Ende 2010 waren es noch 102.062, rund 5% mehr. Dieser Trend passt ins langfristige Bild. Arbeiteten laut Statistischem Bundesamt 1994 bundesweit noch 1,161 Millionen Menschen für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, davon 242.000 für Versicherungen und Pensionskassen, so waren es Ende 2012 nur mehr 1,050 Millionen, also 111.000 weniger Leute. 668.000 davon fanden bei Finanzdienstleistungen Arbeit, 195.000 bei Versicherungen und Pensionskassen, 187.000 gingen laut Bundesamt „mit Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verbundenen“ Tätigkeiten nach. Wer an Bord geblieben ist, konnte sich über nette Steigerungen seiner Bezüge freuen. Betrug

der durchschnittliche Bruttojahresverdienst im Finanz- und Versicherungssektor, in absoluten Werten, 1996 laut Bundesamt 42.542 Euro, so legte er bis Ende 2012 auf 64.576 Euro zu – ein Anstieg um gut 50%, etwa 5 Punkte mehr als im produzierenden Gewerbe.

Auf Boni verzichten

Gleichwohl gehen die Entzauberung der Finanzproduktverpackungsindustrie sowie die jüngsten Kürzungen nicht spurlos am Sektor vorbei. Die Zeit der großen Wechselprämien sei vorbei, und es gebe nur noch ganz selten Häuser, die bereit seien, aufgelaufene Boni vom alten Arbeitgeber zu übernehmen, sagt

Stokburger: „Das müssen die Betroffenen dann mit ihrem alten Arbeitgeber regeln. Und es gibt Kandidaten, die dann bereit sind, auf Boni zu verzichten.“ Würde jemand beim Wechsel seines Arbeitgebers einen Bonus über 30.000 und 40.000 Euro hinaus verlieren, dann werde klassischerweise der Bonus noch übernommen, meint Biermann. Ansonsten werde die Person nicht wechseln: „Was aber nicht mehr gemacht wird, ist, dass für die Person zum Beispiel der Bonus 2013 übernommen wird und für 2014 ebenfalls garantiert wird.“ Generell werde ein guter Kandidat, gerade wenn er sich noch auf dem Karriereentwicklungspfad befände, eher versuchen, sein Gehalt zu halten: „Vor allem kann der Durchschnittsbanker nicht mehr so stark mitschwimmen und viel Geld verdienen wie früher einmal. Die Gehälter gehen insgesamt herunter.“

Bei Bewerbern stehen Banken hoch im Kurs, die für ein nachhaltiges Geschäftsmodell stehen, wie Stokburger und Biermann unisono berichten. „Deshalb haben Institute wie Metzler, Hauck & Aufhäuser und eigentlich auch eine Berenberg, obwohl sie sich stark gewandelt hat, unglaublich Potenzial und werden auch gesucht“, sagt Biermann. Dass sich Banker verstärkt um Jobs bei systemrelevanten Banken bemühen, weil sie ihren Arbeitsplatz dort besonders sicher wännen, beobachtet Stokburger und Biermann nicht, zumindest hierzulande. Biermann: „Das spüre ich in Frankfurt nicht so stark wie in der Schweiz. Dort stellt man dies vor allem bei den kleinen Privatbanken fest, von denen sehr viele nicht überleben und viele in Fusionen hineingehen werden.“

Was ein Beschäftigter im deutschen Finanzsektor* verdient

Jahr	Summe (in Euro)
2000	47.824
2001	49.613
2002	50.727
2003	51.623
2004	53.552
2005	54.501
2006	55.355
2007	56.723
2008	59.369
2009	58.473
2010	60.931
2011	62.823
2012	64.576

* Finanz- und Versicherungssektor, durchschnittlicher Bruttojahresverdienst, absolute Werte
Quelle: Statistisches Bundesamt Börsen-Zeitung

EZB und EU-Parlament streiten um Protokolle zur Aufsicht

Noch keine Einigung über Vereinbarung für künftige Zusammenarbeit – Abgeordnete drohen mit Vertagung der finalen Abstimmung

Börsen-Zeitung, 7.9.2013
fed/ms Brüssel/Frankfurt – Kurz vor der geplanten endgültigen Abstimmung im EU-Parlament zur neuen Bankenaufsicht gibt es noch Streit zwischen den Abgeordneten und der Europäischen Zentralbank (EZB) über die künftige Zusammenarbeit. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die EZB dem Parlament Protokolle der Sitzungen des neuen Aufsichtsgremiums oder gar des EZB-Rats vorlegt, wie aus einem Entwurf von Donnerstag zu einer interinstitutionellen Vereinbarung hervorgeht, der der Börsen-Zeitung vorliegt.

Das Parlament pocht darauf, dass die EZB dem zuständigen Ausschuss

„Protokolle“ der Sitzungen des neuen, sogenannten Supervisory Board und des EZB-Rats zukommen lässt, wenn der über Aufsichtsfragen diskutiert. Die EZB lehnt das ab. Sie will allenfalls eine Art „Zusammenfassung“ liefern, und auch das nur vom neuen Gremium, nicht vom Rat.

Aus dem Parlament verlautete, dass die für Dienstag geplante Abstimmung im Plenum auf der Kippe steht, falls es bis Montagabend keine Einigung gibt. Denkbar wäre zwar, dass das Parlament die Gesetze erst einmal ohne die Vereinbarung beschließt. Viele Abgeordnete lehnen das dem Vernehmen nach aber ab. Sollte das Votum vertagt werden,

würde sich der gesamte Zeitplan zur neuen Aufsicht erneut verschieben. Sie gilt aber als eine zentrale Voraussetzung, das Vertrauen in den Bankensektor nachhaltig zu stärken.

Nach derzeitigem Stand soll die EZB im Herbst 2014 die Aufsicht über gut 130 Banken übernehmen. Mit konkreten Vorbereitungen wie etwa Personaleinstellung kann die EZB erst beginnen, wenn ein Rechtstext vorliegt. EZB-Präsident Mario Draghi hatte sich am Donnerstag noch zuversichtlich geäußert, dass in den nächsten Tagen „positive Neuigkeiten“ zu erwarten seien. Nun wird unter Hochdruck an einer Einigung im letzten Moment gearbeitet.

Aus dem Parlament hieß es, man sei enttäuscht, dass sich die EZB nicht bewege. Es sei klar, dass es bei der Aufsicht stärkere Transparenz- und Rechenschaftspflichten brauche als bei der Geldpolitik. Die EZB lehnt detaillierte Protokolle vor allem deshalb ab, weil es aus ihrer Sicht unmöglich ist, vertrauliche Informationen zu einzelnen Banken preiszugeben. Die EZB will zudem nicht, dass es eine Vorfestlegung in Sachen genereller Veröffentlichung von Protokollen gibt. Die EZB debattiert darüber gerade intern.

In vielen anderen Punkten besteht hingegen inzwischen Einigkeit. So soll der Vorsitzende des Supervisory

Board künftig zweimal im Jahr zu einer öffentlichen Anhörung im Parlament erscheinen. Bei Bedarf soll es weitere, auch vertrauliche Aussprachen geben. Auf das Parlament zugegangen ist die EZB in der Frage der Benennung des neuen Vorsitzenden des Supervisory Board und dessen Stellvertreter. Die EZB schlägt vor, das Parlament kann aber beide ablehnen. Das war in der EZB mit Blick auf den Vize kritisch gesehen worden, der aus dem sechsköpfigen EZB-Direktorium kommen wird. Einige hatten die Sorge, die Parlamentarier könnten da jemanden ablehnen, nur weil er ihnen etwa geldpolitisch nicht ins Konzept passt.

Bilanztest der EZB wirft seine Schatten voraus

Studie rechnet mit beherrschbaren Effekten für Europas Banken – Zusätzliche Kapitallucke von 16 Mrd. Euro – Commerzbank-Loch auf 2,6 Mrd. Euro geschätzt

Börsen-Zeitung, 7.9.2013
bg Frankfurt – In Erwartung des bevorstehenden Asset Quality Review (AQR) von Europas Bankbilanzen durch die Europäische Zentralbank (EZB) wagen Analysten erste Schätzungen über mögliche Auswirkungen im Sektor. Die Deutsche Bank beziffert den vom AQR ausgelösten zusätzlichen Kapitalbedarf in dem von ihr abgedeckten Bankenuniversum auf 16 Mrd. Euro. Das sei insgesamt beherrschbar, der AQR sei damit ein positives Ereignis für den Bankensektor, heißt es. Hinzu kommt allerdings weiterer Kapitalbedarf, der aus der vollständigen Umsetzung von Basel III entsteht. Kumuliert diagnostiziert die Deutsche Bank eine Kapitallucke von 44 Mrd. Euro, die bis Ende 2014 zu schließen wäre.

Altlasten aufdecken

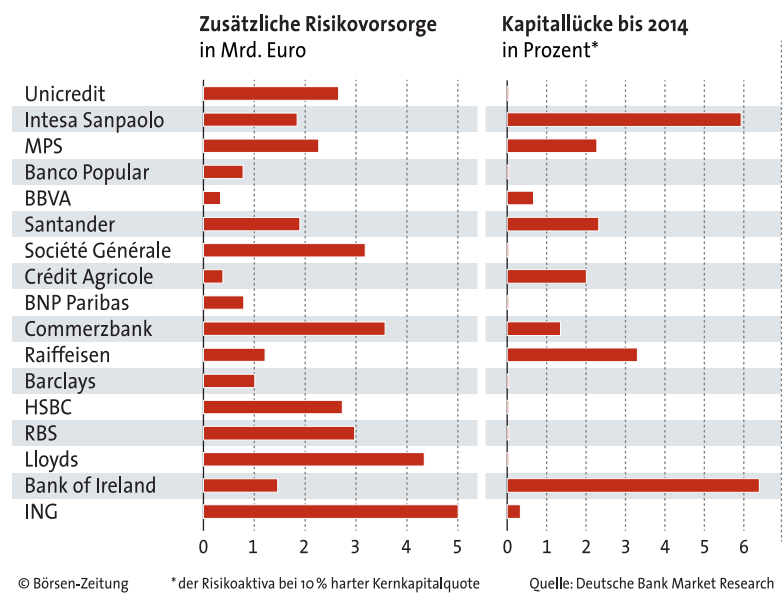
Der EZB zufolge soll der Bilanztest im ersten Quartal 2014 abgeschlossen sein, so dass im zweiten Quartal der Stresstest durch die EBA (European Banking Authority) folgen kann. EZB-Chef Mario Draghi hatte am Donnerstag erklärt, dass die Notenbank zur Herbstmitte erstmals Details zur Durchführung des AQR mitteilen werde. Im Markt hofft man, dass die EZB schon früher Signale sendet, wird das Europäische Parlament doch am Dienstag über die Richtlinie für den einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) abstimmte. Kurz darauf soll die EZB

ihre neue Rolle als Bankenaufsicht formal in ihre Geschäftsordnung aufnehmen – eventuelle Altlasten in den Bankbilanzen sollen mit AQR und Stresstest aufgedeckt und bis Herbst 2014 ausgeglichen sein, bevor die EZB ihre Aufsichtsfunktion übernimmt.

Orientierungspunkt für den erwarteten Kapitalbedarf ist für die Deutsche Bank eine harte Kernkapitalquote (CET 1) von 10% bei voller Umsetzung von Basel III. Ferner gehen die Analysten davon aus, dass die von der EBA in einem Konsultationspapier festgehaltenen Standard-Definitionen für NPL (Non Performing Loans) von mehr als 90 Tagen Zahlungsverzug sowie für restrukturierte Kredite („Forbearance“) Grundlage für die AQR-Methodik sein werden. Einmal gestundet/restrukturiert, sind diese Tranchen als leistungsgestört zu klassifizieren.

Die Deutsche-Bank-Studie verfolgt einen sehr harschen Ansatz und klassifiziert manche Forbearance-Tranchen bereits als wertgemindert, die die Banken selbst noch als „performing“ einstufen – das gilt für 5,9% der Kredite, die eigentlich unter die 90-Tage-Regel fallen. Das geschärfte Schwert der NPL-Einstufung treibt die erwartete Risikovor-sorge im Schnitt um 30% nach oben. Diese zusätzliche Vorsorge würde den für 2014 erwarteten Gewinn (EPS) des Bankensektors einmalig um 34% drücken. Im Gegenzug könnte die Harmonisierung in

Asset Quality Review identifiziert Schwachstellen



© Börsen-Zeitung *der Risikoaktiva bei 10% harter Kernkapitalquote Quelle: Deutsche Bank Market Research

der Berichterstattung von Risiken die Ratings der Banken verbessern.

Am meisten Unsicherheit herrscht bei der Einordnung von Sicherheiten („Collateral“). In manchen Ländern würden die Standards direkt von der Aufsicht bestimmt, in anderen einfach die IFRS-Regeln angewendet, heißt es. Hinzu kämen Unterschiede in der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Kreditrisikovor-sorge. So würden prozyklische Regeln in Italien die

dortigen Banken davon abhalten, stärker Risikovorsorge zu bilden. Mit dem Abstoßen von NPL würden sich aber positive Effekte für italienische Banken, die europaweit die höchsten NPL-Ratios zeigen, ergeben.

Morgan Stanley betrachtet Italiens Banken besonders skeptisch und ist alarmiert über steigende NPL-Volumina bei gleichzeitig sinkenden Coverage Ratios (Risikodeckung). Bes-

ser vorbereitet sein dürften die spanischen Banken, nachdem die dortige Zentralbank strengere NPL-Definitionen für restrukturierte Tranchen durchsetzte – deshalb hatte das NPL-Volumen im zweiten Quartal auch angezogen, so Morgan Stanley. Santander und BBVA müssten zudem mit ihrer Profitabilität weitaus besser in der Lage sein, zusätzliche Vorsorge einzustellen, als die italienischen Banken, vermutet Morgan Stanley in Unkenntnis der im AQR angelegten Coverage Ratios.

Santander gehört den Berechnungen der Deutschen Bank zufolge aber zu den vier Instituten, auf die der AQR den größten Druck zur Rekapitalisierung ausüben dürfte. Dazu zählen außerdem Raiffeisen (RBI), Bank of Ireland sowie MPS (Monte Paschi di Siena). Bei Santander dürfte der AQR einen zusätzlichen Kapitalbedarf von knapp 2 Mrd. Euro auslösen, was die Kapital-lücke bis 2014 auf 11,9 Mrd. Euro anwachsen lässt. Bei MPS sind es 1,5 Mrd. Euro aus dem AQR, insgesamt 5,3 Mrd. Euro. Raiffeisen fehlen kumuliert 2,9 Mrd. Euro, davon gut 800 Mill. Euro aus dem AQR. Bei Bank of Ireland summiert sich die Kapital-lücke auf 3,4 Mrd. Euro, wovon 1,3 Mrd. Euro auf den EZB-Bilanztest entfallen. Erwähnenswert sind außerdem Unicredit mit allein 1,5 Mrd. Euro aus dem AQR und die RBS mit 2,2 Mrd. Euro aus dem AQR. ING dürfte rund 1 Mrd. Euro fehlen. Den Vogel abschießen dürfte

den Berechnungen zufolge die Commerzbank, bei der durch den AQR eine Kapital-lücke von 2,6 Mrd. Euro klaffen dürfte. An anderer Stelle weist die Deutsche Bank aber auch darauf hin, dass die EZB wahrscheinlich nicht ganz so harte Kriterien ansetzen dürfte, also die restrukturierten Tranchen weicher behandelt oder den Zielwert für Basel III fully loaded geringer als 10% ansetzt.

Noch viel Unschärfe

Die Liste der Disclaimer ist lang. Beispielfähig sei erwähnt, dass Santanders Kapital-lücke 6 Mrd. Euro weniger breit wäre, wenn die Bank großzügiger latente Steuern ansetzen kann. Ebenso wenig wird aber berücksichtigt, dass es in Spanien eine Gesetzesinitiative gibt, die das Bilden latenter Steuern einschränken soll. Mit Blick auf die in Spanien gesunkenen Vermögenswerte insbesondere im Immobiliensektor kursieren auch sehr viele höhere Schätzungen für den Kapitalbedarf der Banken, würden hier Marktwerte abgebildet. Spanische und italienische Banken fröhnen dem „extend and pretend“, also dem Verlängern fauler Kredite, immer noch sehr umfangreich. Mit Blick auf den gesamten Sektor wird im Markt außerdem hinterfragt, ob Staatsanleihen weiter zum Nennwert berücksichtigt werden oder mit Bezug auf Marktpreise ein Ausfallrisiko angesetzt wird. Im Oktober dürfte die EZB in diesen Fragen für Aufklärung sorgen.